

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Stahlkrise - Vermögensbildung - Arbeitszeitverkürzung - EG-Finanzen - Handelspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Stahlkrise - Vermögensbildung - Arbeitszeitverkürzung - EG-Finanzen - Handelspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 11, pp. 529-530

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135855>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Stahlkrise

### Geplatze Hochzeit

---

Die Fusion von Thyssen und Krupp – entscheidender Bestandteil der Vorschläge der Stahlmoderatoren von Januar 1983 zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie – ist endgültig gescheitert. Der Zusammenschluß der beiden Unternehmen zur „Gruppe Rhein“ hätte erhebliche, vor allem technische Rationalisierungsmöglichkeiten mit sich gebracht. Zudem hätte er Anstoß zu der von den Moderatoren aus Gleichgewichtsgründen als notwendig erachteten, wenn auch schwierigeren Bildung der „Gruppe Ruhr“ (Hoesch, Salzgitter-Peine, Klöckner-Bremen) mit gleichfalls erheblichen Kostenersparnissen geben können.

Geplatzt ist die „Hochzeit“ Thyssen/Krupp, weil Thyssen die Bonner Mitgift in Höhe von 500 Mill. DM als Entschuldungshilfe für Krupp als nicht ausreichend ansah. Allein am Substanzwert orientiert, war Thyssen nicht bereit, die von der Treuarbeit belegten Ertragswertteile im Kruppschen Edelstahlbereich entsprechend zu berücksichtigen, und forderte 1,2 Mrd. DM Zuschußmittel. Dies wiederum war für Bonn nicht akzeptabel, zumal zu berücksichtigen ist, daß beide Unternehmen an den von der Bundesregierung für die Stahlindustrie zugesagten 3 Mrd. DM Subventionen mit 1,5 Mrd. DM partizipieren.

Die Schuld für das Scheitern der Fusion wird nun einander gegenseitig zugewiesen. Was bleibt ist die Tatsache, daß eine Chance zum Aufbruch in neue und kostengünstigere Strukturen der Stahlindustrie vertan wurde. Allein durch sie können aber die verbleibenden Arbeitsplätze – mittelfristig erfordert das Fusionskonzept in etwa die gleichen beträchtlichen Arbeitskräftefreisetzungen wie ein Alleingang – krisensicherer gemacht werden. kr

---

## Vermögensbildung

### Beteiligung am Produktivvermögen

---

Obwohl noch gar nicht geboren, ist es bereits zum Stein des Anstoßes geworden: das dritte Vermögensbil-

dungsgesetz. Der jüngst von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf sieht vor, die bislang vom Staat prämierte – also subventionierte – Anlage von 624 Mark auf 936 Mark aufzustocken. Der Haken dabei ist, daß die Begünstigten, deren Kreis ohnehin durch inflationsbedingt überholte Einkommensgrenzen sehr eingengt ist, die zusätzlichen 312 Mark nicht wie bisher bei Banken, Bausparkassen, Lebensversicherungen usw. prämienebegünstigt anlegen können. Nur ganz bestimmte Anlageformen – Genossenschaftsanteile, Genußscheine, stille Beteiligungen und Arbeitnehmerdarlehen – sollen hierfür in Frage kommen.

Mit dieser doch recht begrenzten Auswahl hofft die Bundesregierung, sowohl die Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Wirtschaft beteiligen als auch die Investitionsfähigkeit der Unternehmen über eine verbesserte Eigenkapitalausstattung stärken zu können. Als Nebeneffekt erhofft man sich einen mäßigenden Einfluß auf die kommenden Lohn- und Gehaltsabschlüsse, möglichst schon bei der nächsten Tarifrunde. Ob diese angebotspolitische Saat aufgehen wird, ist jedoch ungewiß. Abgesehen davon, daß die Anlage in Produktivkapital auch eine gewisse Risikobereitschaft voraussetzt, erscheint es fraglich, ob gerade solch relativ unbekannte Objekte wie z. B. Genußscheine die potentiellen Anleger aus ihrer Reserve zu locken vermögen. Sicher ist nur, daß das neue Gesetz, kommt es so zustande, die Staatskasse durch neue Subventionen belasten wird. Dadurch wächst aber die Gefahr, daß die notwendige Tarifreform der Einkommensteuer noch weiter verschoben wird. gm

---

## Arbeitszeitverkürzung

### Mehr Flexibilität

---

Die Schar der Befürworter einer Verkürzung der Arbeitszeit hat von prominenter Seite Zulauf erhalten. Jüngster Umdenker ist Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der vor kurzem schon mit seiner Ablehnung weiterer Eingriffe im Sozialbereich überraschte. Selbst eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hält er – sofern auf vollen Lohnausgleich verzichtet wird – arbeitsmarktpolitisch für nützlich.

In der Tat sind nach den bisherigen Berechnungen bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Beschäftigungseffekte höher als z. B. bei einer vorgezogenen Altersgrenze zu veranschlagen. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß diese Maßnahme selbst bei einem Verzicht auf Lohnausgleich zu größeren Kostenbelastungen der Unternehmen führen würde. Je geringer aber die Kostenlast durch die Arbeitszeitverkürzung für die Arbeitgeber ausfällt, um so weniger sehen sich die Unternehmen zu Reaktionen veranlaßt, die den Beschäftigungseffekt mindern.

Keinesfalls kann es darum gehen, die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit als alleiniges arbeitszeitpolitisches Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzusetzen; auch im Bereich der Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung gibt es kein Patentrezept. Wirkungsvoller dürften ohnehin Maßnahmen sein, die der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation und Struktur der Arbeitskräfte in den verschiedenen Branchen, ja sogar in den einzelnen Unternehmen Rechnung tragen. Nicht eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer gilt es demnach durchzusetzen, sondern eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten. Dies würde nicht zuletzt auch dem Wunsch vieler Arbeitskräfte entgegenkommen. dw

---

## EG-Finzen

---

### Abschied von der Gönnerrolle

---

Spät zwar, aber immerhin noch rechtzeitig vor dem entscheidenden Gipfel der europäischen Regierungschefs im Dezember hat das Bonner Finanzministerium eine eigene Initiative in die Vorverhandlungen um die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft eingebracht – handelt es sich dabei doch um ein Problemfeld, das für die Deutschen als größte Beitragszahler von besonderem Belang ist. Der deutsche Vorschlag zielt vor allem darauf ab, die derzeitigen Unausgewogenheiten in der Beitragsbelastung der einzelnen Mitgliedsländer durch eine Einführung von Obergrenzen für die Nettozahlungen zu vermindern. Nutznießer dieser Regelung wären momentan insbesondere die Briten, aber auch die Deutschen.

Der Bonner Wunsch nach relativer finanzieller Entlastung bei einer möglichen Mittelaufstockung für die EG dürfte bei der Mehrheit der Partnerländer auf heftige Ablehnung stoßen. Nach Jahrzehnten deutscher Zahlungsbereitschaft wird es den anderen EG-Staaten, aber auch manchem deutschen EG-Vertreter, schwerfallen, von der Rolle des Deutschen als dem reichen

Gönner aus dem Wirtschaftswunderland Abschied zu nehmen. Da im Zuge ihrer zweiten Erweiterungsphase eine Woge von neuen finanziellen Ansprüchen auf die Gemeinschaft zukommt, ist aber der Zeitpunkt gut gewählt, die Partnerstaaten für die veränderte wirtschaftliche Lage und die auch nur begrenzte Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik zu sensibilisieren. Es wäre schon als ein Erfolg zu werten, wenn es der Bundesregierung gelänge, das Prinzip einer deutschen Beitragserleichterung überhaupt zu verankern. nt

---

## Handelspolitik

---

### Brüsseler Liberalisierungsvorstoß

---

Der EG-Vorschlag, Zollsenkungen vorzuziehen, sobald ein Land eine Wachstumsrate von 2 % erreicht hat, hat bei den wichtigsten Handelspartnern der Gemeinschaft ein positives Echo gefunden. Gleichwohl ist die unmittelbare Bedeutung eines beschleunigten Zollabbaus begrenzt. Die in der Tokio-Runde des GATT beschlossenen Zollsenkungen, die in acht Stufen – jeweils zu Anfang der Jahre 1980 bis 1987 – erfolgen sollen, sind bereits zur Hälfte abgeschlossen. Die durchschnittlichen Zollsätze der großen Handelsnationen liegen inzwischen so niedrig, daß die Zölle den internationalen Handel nur noch in Einzelfällen entscheidend behindern. Eine vorzeitige Herabsetzung der Zollschränken wird daher den Warenaustausch erleichtern, kaum aber stimulieren können.

Somit hat die EG-Initiative – für sich genommen – eher Symbolwert. Abzuwarten bleibt, ob sie tatsächlich die vielbeschworene handelspolitische Wende signalisiert. Konkret bedeutet dies erstens, daß die Restaufgaben der Tokio-Runde – vor allem eine möglichst liberale Regelung der Schutzklausel-Frage und eine verbindliche Interpretation des Subventions-Kodex – schnellstens zu erledigen sind. Zweitens muß eine Lösung des Dauerproblems Agrarhandel gefunden werden. Leider hat die EG diesen Bereich – ebenso wie den Stahl- und Textilhandel – vorerst zur Tabuzone bei Liberalisierungsaktionen erklärt. Drittens müssen die den Entwicklungsländern eingeräumten Handelspräferenzen neu definiert werden, um die Planungssicherheit der am Nord-Süd-Handel beteiligten Unternehmen zu erhöhen. Viertens schließlich gilt es, den Dienstleistungsaustausch zu liberalisieren und Regeln für den Handel mit hochtechnologischen Gütern aufzustellen. Solange greifbare Fortschritte auf den genannten Gebieten ausbleiben, wird der Liberalisierungsvorstoß der EG kaum eine substantielle Bedeutung erlangen. ko